

## Risiko: Eine öffentliche Inszenierung – im Rekurs auf Ulrich Beck

### Die Grundidee

Bedingt durch technologischen Wildwuchs, demgegenüber überkommene soziale Sicherungs- und Steuerungsmaßnahmen nahezu wirkungslos bleiben, werden wir weltweit in eine bereits akute Zukunft unkontrollierter, ja unkalkulierbarer und seltsam ‚gleichverteilter‘ Zivilisationsrisiken entlassen. Ein Wechsel von der ‚Logik der Reichtumsverteilung‘ zur ‚Logik der Risikoverteilung‘ vollzieht sich im Schatten mehr oder weniger gleichbleibender sozioökonomischer Verkehrsformen.

Jenseits scheinbar funktionierender wohlfahrtsstaatlicher Entlastung von alltäglichen Sorgen um die Teilhabe am Konsumgüter-Fundus breitet sich auch und gerade in hoch-industrialisierten Gesellschaften eine neue Qualität kollektiver Daseins-Angst aus: Die Angst vor der allgegenwärtigen Gefährdung des Überlebens schlechthin. Vor diesem Hintergrund beginnen gewohnte gesellschaftliche Gegensätze einzuschmelzen, verliert soziale Ungleichheit an existenzieller Bedeutung gegenüber genereller Unsicherheit. Die überkommenen Relevanzhierarchien des Alltagslebens erodieren.

Immer wieder stellt Ulrich Beck deshalb explizit und implizit die Frage, „Wie wollen wir leben?“ (passim: 1986, 1988, 1991). Wie wollen wir alle heute und morgen mit der Welt und miteinander umgehen, angesichts der historisch neuen Qualität von ‚Risiko‘, der Allgegenwart von Großrisiken? Denn an der nicht mehr (individuell) zurechenbaren und anscheinend auch nicht mehr (individuell) vermeidbaren globalen Gefährdungslage vermögen offenkundig auch immer neue Antwortmoden, deren ‚Lösungen‘ doch nur auf eben nicht mehr isoliert wirksame Problemfelder begrenzt bleiben, nichts zu verändern. Metaphorisch ausgedrückt: Wollen wir, können wir noch länger Beifall klatschen, wenn das Salzburger Theatergespann aus ‚Jedermann und Sensenmann‘ zur existenziellen Selbsterfahrung des banalen Alltags wird, weil jedem einzelnen von uns die aktuellen

„Großrisiken pauschal zugewiesen“ werden (Beck 1988, S. 266)?

### Die Risiko-Interessenten

Daß das in einer Gesellschaft vorhandene Wissen wesentlich die Mentalität derer prägt, die es haben, und daß wir alle ständig kulturell geprägte Schemata der Sinn- und Bedeutungszuweisung verwenden, um unsere Erfahrungen zu organisieren, gehört heutzutage nicht nur zu den *soziologischen* Binsenweisheiten. Daß die Gesellschaft jedoch auch das Wissen darüber produziert, was wir überhaupt als ‚Risiko‘ ansehen, und was wir als ‚Gefahr‘ erkennen, erscheint hingegen vielleicht nicht ganz so selbstverständlich und banal.

Genau dieser Gedanke aber ist Gegenstand der folgenden Überlegungen: ‚Gefahr‘ oder ‚Nicht-Gefahr‘, das ist keine ontologische Frage, sondern eine Konsequenz gesellschaftlicher Wirklichkeitskonstruktion: „Was jemand sieht oder nicht sieht, wird nicht nur durch die Sehschärfe der Augen bestimmt und hängt auch nicht allein von dem einzelnen und seiner Aufmerksamkeit ab, sondern wird wesentlich mitbestimmt durch das, was jemand weiß oder nicht weiß.“ (Beck 1991, S. 2). Diesen Gedanken gleichsam fortschreibend geht es mir im Folgenden darum, einige – bei Beck durchaus mitangelegte – *wissenssoziologische* Implikationen zu verdeutlichen (vgl. dazu auch Hitzler 1991).

Aus dieser Perspektive haben wir es bei der Risikothematik zunächst einmal mit einem Phänomen des öffentlichen Diskurses zu tun. Zu dessen Virulenz hat Beck selber zweifellos einiges beigetragen, denn, so seine Überzeugung, „nur in kulturell bedeutsamen und öffentlich inszenierten Bildern und Symbolen kann angesichts der Unsinnlichkeit vieler Bedrohungen der kulturell erblindete Alltag ‚sehend‘ werden.“ (Beck 1991, S. 11). Diese kulturelle Inszenierung wird einerseits getragen von einschlägig interessierten ‚Parteien‘, also von Risikoverursachern und Risiko-

betroffenen bzw. von Risikogewinnern und Risikoverlierern. Und sie wird andererseits abgestützt von – in aller Regel – ebenfalls einschlägig interessierten Expertengruppierungen, also insbesondere von Journalisten und Politikern – und Wissenschaftlern –, die ‚die Sache‘ der einen oder der anderen ‚Partei‘ vertreten. Sie alle betrachte ich im Hinblick auf die hier zur Debatte stehende ‚Inszenierungslogik‘ als *Risikointeressenten*.

Zweifellos: Die Armen sind ärmer dran, und die Beherrschten müssen sich nach wie vor stärker beherrschen (lassen). Zweifellos: Risiken verdünnen sich (schon immer und wohl auch in Zukunft) schicht- und klassenspezifisch (sofern sich solche Phänomene überhaupt noch empirisch erfassen lassen). Aber der Bumerang kaum mehr kontrollierbarer, in aller Regel jedoch voraussehbarer Folgeprobleme und -kosten einer hinsichtlich ihrer demokratischen Durchdringung halbier-ten, hinsichtlich ihrer technischen Progression hingegen hypertrophen Moderne erschlägt, so Beck, jeden – (zuletzt?) auch den Gefahrenproduzenten selber.

Im Schatten des generalisierten Risikos gibt es vor allem *neuartige* Formen des ‚Mehr oder Weniger‘, neuartige Ungleichheiten also und noch ungewohnte, zu einem guten Teil auch unvermutete Konfliktlinien: Zwar sind – wie immer mehr Expertisen bescheinigen – alle bedroht, doch nicht alle *wissen* um eine Bedrohung, wissen *genug* über eine Bedrohung, nehmen ihr Wissen zum Anlaß, um (anders) zu handeln. Anders formuliert: Das Großrisiko, als (zumindest im wesentlichen: nicht-intendierte) Konsequenz wissenschaftlich-technischen Fortschritts, macht uns ihm gegenüber ziemlich gleich: „Not ist hierarchisch, Smog ist demokratisch.“ (Beck 1986, S. 8). Das Wissen um Gefährdungen jedoch ist – medien-gestützt – ungleich verteilt in dieser „Epoche, in der die Schattenseiten des Fortschritts mehr und mehr die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen bestimmen.“ (Beck 1991, S. 10).

Die Theorie der Risikogesellschaft impliziert deshalb auch, und nicht zum wenigsten, eine thematische Neuorientierung der Wissenssoziologie bzw. die Soziologie einer neuen (globalen) Wissensformation, in der „das Bewußtsein das Sein bestimmt“ (Beck 1986, S. 31). Risikowissen basiert in weiten Teilen eben *nicht* auf eigenen Erfahrungen, weil viele Gefahren gar nicht alltäglich wahrnehmbar sind, sondern wird von Risiko-Experten symbolisch

produziert, bereitgestellt und distribuiert. Dadurch entsteht die soziale Formation der Risiko-Bewußten, die durchaus nicht notwendigerweise identisch ist mit den Risiko-Betroffenen. Im Gegenteil: „Gerade die am härtesten Betroffenen sind oft die, die die Gefahr am heftigsten leugnen, leugnen müssen, um überhaupt weiterleben zu können.“ (Beck 1991, S. 11).

Im Risiko-Diskurs streiten sich mithin vorzugsweise (zumeist wissenschaftliche) Experten und (nicht nur wissenschaftliche) Gegen-Experten, denn Risiken, solange sie ‚nur‘ Risiken sind und bleiben, kann man nachgerade unentwegt nicht nur weg-, sondern ebensogut auch her-interpretieren – was wiederum, neben den von Beck gemeinten, auch ganz andere, nämlich *intellektuelle* bzw. *professionelle* ‚Risiko-Gewinner‘ produziert.

Menschen, die unverkennbar gefährdet sind, und solche, die sich Gefahrenlagen ausgesetzt wännen, ebenso wie Mit-Leidende und Sympathisanten artikulieren Ängste, Bedürfnisse, Ansprüche. ‚Begleitend‘ dazu werden aus einschlägig befaßten Berufen und Professionen Deutungsangebote, Handlungs- und Bewältigungsvorschläge gemacht sowie von verschiedenen politischen Seiten Maßnahmenkataloge aufgestellt und mehr oder minder erfolgreich implementiert. Sie alle wirken daran mit, sozial die Einsicht durchzusetzen, daß jeder – mehr oder minder direkt – kaum noch oder schon (lange?) nicht mehr kontrollierbaren Risiken unterworfen ist.

Im Kern wird also das Recht auf körperliche (und seelische) Unversehrtheit jedes einzelnen – auch und gerade des noch ungeborenen ‚Erben‘ unserer ‚Auseinandersetzung mit der Natur‘ – zum übergeordneten Wert. Von diesem lassen sich dann wiederum unterschiedliche (und zum Teil widersprüchliche) appellative Handlungsnormen sowohl für den einzelnen wie für soziale Kollektive im Umgang mit Gefahrenlagen und Gefährdungspotentialen ableiten.

Die diskursiv verhandelten Strategien zum Umgang mit dem bzw. zur Bewältigung des Risikokomplexes richten sich mithin darauf, zum einen die Interessen der Risiko-Betroffenen und zum anderen die Interessen der Risiko-Produzenten zu wahren. Diese öffentliche Debatte konzentriert sich gegenwärtig auf die Frage, ob und inwieweit die Interessen der Letzteren überhaupt noch legitimiert werden können gegenüber denen der Ersteren. Und

aus den (nach wie vor) keineswegs einhelligen Antworten auf diese Frage resultieren unterschiedliche Verhaltensappelle bzw. -zwänge gegenüber den verschiedenen Interessengruppierungen: Dazu gehören z. B. „an die Allgemeinheit“ gerichtete Plädoyers für ein ‚höheres‘ ökologisches Bewußtsein (Stichwort: „Die Natur braucht uns *nicht*, aber *wir* brauchen die Natur“), konkrete (Bürger-)Initiativen gegen sichtbare und faßbare Groß-Gefahrenquellen (AKWs, chemische Fabriken, Raketendepots, usw. ), vielfältige alltägliche Diskriminierungen von ‚umweltgefährdendem‘ Verhalten (innerstädtischer Individualverkehr, Müllvermehrung, Rauchen usw. ), und auch problembezogene Modifikationen tradiertur Grundsatze bürgerlicher (Straf-)Rechtssprechung („Im Zweifel gegen den Öko-Angeklagten“).

### Die Risiko-Experten

Die verschiedenen öffentlichkeitsvirulenten Konzepte der sozialen Thematisierung bzw. institutionellen Bearbeitung des Risiko-Komplexes lassen sich idealtypischen Expertenkollektiven zuordnen, wie sie Bernd Giesen (1983, S. 237 ff.) vorgeschlagen hat: Auf der Ebene solcher um soziale *Definitionsmacht* konkurrierender Expertisen sehe ich als antagonistische Gruppierungen insbesondere die technisch-naturwissenschaftlichen Professionen einerseits und die publizistisch-sozialwissenschaftlichen Professionen andererseits.

Vereinfacht: Die Ersteren bestreiten den Letzteren die Kompetenz für die Risiko-Problematik, während die Letzteren den Ersteren ein auf deren Denkvoraussetzungen basierendes, grundsätzliches Versagen gegenüber der Risiko-Produktion als einem ‚systemimmanenten‘ Resultat postkopernikanisch-galileisch-newtonscher ‚Machseligkeit‘ anlasten. Auch Becks eigene theoretische Anstrengungen zielen ja, wie er selber bekundet, gerade darauf ab, „der Verhexung von Fragen der Gesellschaft, der Kultur, der demokratischen Entscheidung in Fragen der Technik und der Natur entgegenzuwirken“ (1988, S. 256).

Daß bei diesen Auseinandersetzungen zumindest *auch* ein Kampf um Deutungsmonopole stattfindet, und daß es dabei nicht zum wenigsten auch um die damit verbundenen Optionen auf Ressourcen geht, scheint mir offenkundig: Erst die Definition eines Phänomens als einer Bedrohung, die ‚uns alle‘ und

damit auch ‚jeden Einzelnen‘ angeht, macht ein Problem als naturwissenschaftlich-technisches Thema so bedeutsam, daß umfangreiche Ressourcen zu seiner Erforschung und ‚Bearbeitung‘ bereitgestellt werden (können). Und erst die relative Erfolglosigkeit dieses Sektors bei der Bewältigung von Gefährdungslagen läßt sie als *soziale* Vorsorge-, Versorgungs- und Verwaltungsvorlesung sichtbar werden, die eben auch andere (d. h. vorläufig jedenfalls: zusätzliche) Ressourcen-Ansprüche mit sich bringen.

Wenn man also den Problemkomplex ‚Risiko‘ einmal unter rein interessenpolitischen Aspekten betrachtet, dann folgt aus dem von Giesen beschriebenen „Dilemma“ der Professionen (1983, S. 235) folgendes: Der technisch-naturwissenschaftlichen Gruppierung müßte tatsächlich daran gelegen sein, alsbald über wirksame technische Lösungen für Gefahrenlagen zu verfügen. Damit nämlich könnte sie ihre professionelle Problemlösungskompetenz unter Beweis stellen und sich so ihre wichtigste Klientel, den hochproduktiven industriellen Sektor, erhalten. Denn dieser scheint nach wie vor, bürokratisch abgesichert, jenseits aller wirtschaftsethischen Debatten gleichsam auf der ideologischen Grundlage einer ‚Raubritter-Mentalität‘ zu funktionieren: Hier geht es (fast zwangsläufig) um Gewinnmaximierung – im Zweifelsfalle eben unter Hinterlassung eminenten, vor allem ökologischer Folgekosten.

Das publizistisch-sozialwissenschaftliche Berufsfeld hingegen müßte eigentlich eine Verlängerung des status quo begrüßen. Denn gerade die augenscheinlich unzulänglichen technischen Steuerungs- und Sicherungsmöglichkeiten riskanter Produktionsverfahren zeigen, daß die hier angenommenen Kompetenzen für *gesellschaftliche* Steuerungsmaßnahmen immer dringender benötigt werden. Daneben darf m. E. allerdings keinesfalls jenes diffuse Potential wertkonservativer Gesinnung übersehen werden, das (letztlich?) auf einen grundlegenden Umbau *sozialer Kontrollmechanismen* unter Berufung auf ‚erhaltenswerte‘ bzw. wiederherzustellende Lebensbedingungen‘ drängt. Hierdurch droht nämlich (hinterücks?), um es in *Umkehrung* der Beckenschen Analyse (vgl. 1986, S. 105) zu formulieren, unter Umständen der Normal- zum Ausnahmezustand zu werden, denn „wenn die Definitionsverhältnisse konstant bleiben, dann schlagen Katastrophen in Machterweiterungen technokratischer Eliten um“ (Beck 1988, S. 272).

Das Dilemma der Risikogesellschaft ist aber zugleich auch ihre Chance (vgl. dazu auch Schmid 1987): Wir sitzen sozusagen auf einer Schaukel, die hin- und herwippt zwischen Wissenschaftsabhängigkeit und Wissenschaftskritik. Einerseits sind Risiken vor allem wissenschaftlich-technisch konstruiert (während eben das *Wissen* um Risiken weitgehend ein publizistisches Konstrukt darstellt). Andererseits scheinen Risikonachweis, Risikobegrenzung, Risikobewältigung und Risikoprävention wiederum nur im Rekurs auf (unterdrückte, zusätzliche, gegenteilige) wissenschaftlich-technische Erkenntnisse zu gelingen, wollen sie sich auch massenmedial ‚breitenwirksame‘ Geltung verschaffen: „Die öffentliche Gefahrenverhandlung [ ... ] ist alltagsbezogen, erfahrungsgesättigt, aber auch medienabhängig, manipulierbar, hysterisch und in jedem Fall laborlos, also auch forschungs- und argumentationsabhängig“ (Beck 1991, S. 27).

Die Gegenexperten, auf die die „Modernisierungsagenten – das Management, nationale oder lokale Regierungen, Gewerkschaften, politische Parteien“ (Beck 1991, S. 19) heute treffen, mit denen sie heute zu rechnen haben, sind im wesentlichen die durch sie selbst aufklärten und vorgebildeten Laien bzw. deren ‚Fürsprecher‘ und ‚Interessenvertreter‘. Wissenschaftliches Denken und Arbeiten, wissenschaftliche Diskursivität war und ist so erfolgreich, daß sie sich nun gleichsam in der Situation ihrer Objekte wiederfindet, d. h. sich massiv zur (öffentlichen) Selbst-Aufklärung und Selbst-Kritik aufgefordert sieht. Bislang nämlich erzeugte die gesellschaftliche Praxis in der Moderne qua technischem Fortschritt sozusagen ‚naturwüchsig‘ auch Lebensverhältnisse, die im Bewußtsein der Menschen als schlichte Gegebenheiten aufschienen und sich so augenscheinlich dem handelnden Zugriff und der bewußten Hinterfragung entzogen.

### Die Risiko-Ideologien

Wenn man sich an der Lautstärke der öffentlichen Debatten orientiert, dann scheint es zwar so, als komme es in der Risikogesellschaft im wesentlichen zu einer dauerhaften Polarisierung, zu einer Art Lebensstil-Kampf zwischen *den* Menschen, die eine eher ‚materialistische‘, und *denen*, die eine sozusagen ‚post-materialistische‘ Einstellung vertreten. Es sieht

so aus, als bestehe – wenn nicht heute, so doch morgen – der zentrale Konflikt zwischen den Menschen, die technologisch-hedonistisch (sozusagen auf ein elektronisches Schlaraffenland hin) und *denen*, die ökologisch-integrationistisch (sozusagen auf den Mutter-Erde-Mythos hin) orientiert sind. Es hat den Anschein, als würde die große gesellschaftliche Front zwischen *den* Menschen verlaufen, die immer extensiver konsumieren wollen (und können, weil sie am Produktions- und Erwerbsprozess beteiligt sind), und *denen*, die einen neuen kollektiven ‚Asketismus‘ einfordern (oder die, etwa aufgrund dauerhafter Arbeitslosigkeit, sozial verelenden).

Strittig ist dabei a) zwischen den ökologiebewußten und den ökologisch desinteressierten Teilen der Gesellschaft, *worauf* im Zweifelsfalle eher zu verzichten sei: auf eine technisch immer höher gerüstete, energieverbrauchsintensive Zivilisation, oder auf das globale Gleichgewicht der Natur. Und strittig ist dabei b) unter den ökologiebewußten Teilen der Gesellschaft, ob es richtig sei, bei der ‚Rettung‘ der Natur *als menschlicher Ressource* anzusetzen (Prinzip: Umwelt-Erhaltung), oder ob nicht vielmehr der Natur eine eigene Qualität, ein eigenes ‚Recht‘ zukomme, die es (durch Menschen) *auch gegen die Interessen der Menschen* zu wahren und zu schützen gilt (Prinzip: Natur-Verschonung).

Inzwischen resultiert aber aus der *Pluralität* und der *Konkurrenz* zeitlich begrenzter Weltdeutungsschemata eine kaum noch überschaubare intrakulturelle Vielfalt von Entscheidungs-, Vermeidungs- und Protestsituationen – sozusagen in der alltäglichen Dialektik von Zwang und Freiheit, von Frustration und Aktion, von Gefährdung und Aufbegehren. Als im öffentlichen Meinungsbild relativ artikulationsunfähig bzw. artikulationsunwillig erweist sich dabei die Weltsicht derjenigen, die nach wie vor – sozusagen ohne Rücksicht auf ökologische Verluste – das Prinzip des ‚Höher, Schneller, Besser‘, des ‚Mehr‘ von allem massenhaft Produzierbaren und des uneingeschränkten Konsums alles Konsumierbaren bejahen.

Daß diese Einstellung gleichwohl noch existiert bzw. noch durchaus verbreitet ist, erkennt man empirisch eher am faktischen Handeln in Bürokratien und Betrieben, insbesondere aber in den Supermärkten und auf den Straßen, als an explizit anti-ökologischen Meinungsäußerungen.

Antipodisch hierzu, auch hinsichtlich ihrer zunehmenden medialen Präsenz, stehen wohl die Ideologien, die eine (Re-)Sakralisierung der Natur propagieren. Der Tenor der hierbei sozusagen den pessimistischen ‚Apokalypse-Now‘-Gedanken prolongierenden, im Grunde traditionalistisch-gegenmodernen ‚Erwekungs‘-Fraktion lautet im wesentlichen: Noch tanzen wir auf dem Vulkan unserer Energiequellen. Noch starren wir gebannt auf die Steigerungsraten unserer Wohlstandsindikatoren. Noch bauen wir frohgemut an einer verschwenderischen Zukunft, die längst keine mehr ist. Noch vermögen nur Wenige die Menetekel zu enträtseln, die das Ende verkünden.

Die Botschaft dieser Fraktion heißt: Der Zivilisationsmensch in seiner Massenhaftigkeit erstickt in seinem Unrat. Er muß sich radikal selbst beschränken, muß sich möglichst zurückziehen aus der vom Industriezeitalter geschundenen, zugrunde gerichteten Natur. Er muß seinen Irrweg erkennen, muß ‚sehen‘ lernen, daß nicht einmal mehr ‚Reformen‘, daß nur noch Umkehr, Askese, Verzicht ihm anstehen. Dieser Prozess wird schmerzlich sein und voller Wehmut und Zorn. Gleichwohl, so das apokalyptische Credo, wird „Armut heraufziehen müssen als ein unausweichliches Verhängnis“ (Dahl 1990, S. 60), damit der Mensch sich (wieder) einzufügen lernt in die selbstregulativen Wirkkräfte der Natur.

Wissenschaftlich-technische Seinsvergessenheit, biblisch gesprochen: babylonische Hoffart also, hat, so Georg Picht (1989), dem Zivilisations-Menschen vorgegaukelt, er stehe als Subjekt ‚außerhalb‘ der Natur. Aber diese kosmische Dissonanz wird, entsprechend der eher optimistischen Version, die sozusagen die postmodernistische ‚New-Age‘-Fraktion innerhalb der (Re-)Sakralisierungs-Ideologien vertritt, gegenwärtig bereits transzendiert: Korrelierend mit vielfältigen sozialen Transformationsprozessen (wie dem Übergang zum Post-Industrialismus, wie der Informatisierung und Mediatisierung der Gesellschaft, wie der Pluralisierung der Lebensformen), findet demnach aktuell ein genereller Bewußtseinswandel statt.

Aus dem allgemeinen Krisenbewußtsein (das sich in Phänomenen wie beispielsweise der öffentlichen Skepsis gegen technischen Fortschritt und wissenschaftliche Rationalität manifestiert), entstünden nun neue, sozial relevante Themenfelder (exemplarisch eben

Risikodiskurs bzw. Ökologie-Debatte). Dabei werde zunehmend die für die bisherige Moderne symptomatische, aufklärungsphilosophische Subjekt-Objekt-Trennung durch eine Re-Subjektivierung der Natur und eine Re-Naturalisierung der Subjektivität, also durch ein *qualitativ* neues Subjektivitäts- und Naturverständnis, ersetzt. Am massivsten aber (und wahrscheinlich auch am durchsetzungsfähigsten) artikuliert sich ‚das ökologische Bewußtsein‘ wohl in einer deutlich anthropozentrischen Ideologie der mannigfaltigen ‚kleinen‘ Schritte zu einem umfassenden Umweltschutz. Ihr scheint es zunehmend zu gelingen, sowohl die bisherige technisch-rationale Ausbeutung der Natur als grundsätzlich reflexions- und revisionsbedürftig als auch die kosmisch-sakrale Verklärung der Natur als nicht politikfähige Utopie zu etikettieren. Dabei wird immer hörbarer dafür plädiert, unsere *civilisatorische* Zuständigkeit dahingehend auszuüben, daß wir – vor allem aus Verantwortung für spätere Generationen – ‚unserer‘ (d. h., menschliches Leben ermöglichenden) Natur zur Wiederherstellung ihres von uns (fahrlässig) ‚zerstörten‘ oder zumindest ‚irritierten‘ Gleichgewichts verhelfen (vgl. in diesem Sinne z. B. Biedenkopf 1990, v. a. S. 87ff; vgl. auch Birnbacher 1986).

Die liberal-pragmatische Version dieser anthropozentrischen Natur-Ideologie setzt dabei im wesentlichen auf ein ‚business as usual‘ zur Lösung der je sichtbar werdenden, ökologisch dysfunktionalen Folgen technischen Fortschritts. Zugleich wird hier intensiv über Modifikationen des geltenden Rechtssystems nachgedacht, mittels derer der Zerstörung natürlicher Ressourcen, also der Vernichtung des *Gebrauchswertes* der Natur wirksam Einhalt geboten werden könnte.

Als zentrales Problem gilt dabei *nicht* die in den Medien so publikumswirksam vermarktete ‚Umwelt-Kriminalität‘. Viel bedeutsamer ist die in der Regel absichtslose, aus der (bisherigen) modernen Lebensweise in der Regel ganz legal resultierende Umweltschädigung. Gemeint ist damit alles das, was wir als nicht beabsichtigte, aber anscheinend auch nicht zu vermeidende ‚Nebenfolgen‘ der Massenzivilisation (und ihrer Kapitalverwertungsinteressen) in Kauf zu nehmen gewohnt sind (vgl. dazu auch Hitzler/Honer 1991). Die ökologische Kritik dieser Ideologie-Fraktion lautet: Wenn wir unser bisheriges Verständnis von Lebensqualität unverändert fortschreiben,

entziehen wir dieser Lebensqualität schlicht ihre Grundlagen (vgl. z. B. Gramm 1990). Die eher wertkonservative Version einer solchen anthropozentrischen Natur-Ideologie hingegen betont nachhaltig die normative Bedeutung der grundsätzlichen ‚Achtung vor der Natur‘ für den praktischen Umgang mit ihr: Solange nicht existenzielle Interessen des Menschen bedroht sind, soll allem Natürlichen die gleiche Eigenwertigkeit zuerkannt werden.

Auf dem Wegweiser in eine andere, in eine in diesem Sinne sozusagen ökologisch selbstbewußte Zukunft müßte demnach, gegen Marx und in Anlehnung an Odo Marquard (1981, S. 120) stehen: Bislang haben wir die Natur nur verschieden verändert; es kommt darauf an, sie zu verschonen. Mit dieser ‚Natur‘, deren ‚Renaissance‘ es nach Auffassung dieser ideologischen Position nunmehr als kollektive Hebammenpflicht zu sichern und zu unterstützen gilt, ist allerdings – von raren Extrempositionen abgesehen – einmal mehr eine ganz bestimmte, nämlich im wesentlichen menschenbezogene, ja menschenfreundliche ‚Natur‘ gemeint. *Keine* Existenzberechtigung hingegen hat hier jene ‚andere‘ Natur z. B. der großen Naturkatastrophen wie auch jene der kleinen – bakteriellen und viralen – Krankheitserreger, um nur auf zwei sozusagen phänomenal antipodische Beispiele zu verweisen (vgl. dazu Gross/Hitzler 1990).

In den damit vorgestellten Entwürfen zur Frage, „Wie wollen wir leben?“, geht es also im Kern entweder um eine ‚gute‘ bzw. ‚bessere‘ Welt *für den Menschen*, mithin darum, die Lebensqualität *für den Menschen* zu maximieren bzw. zu optimieren, oder es geht um eine ‚gute‘ bzw. ‚bessere‘ Welt *an sich*, also darum, die Manipulation des Lebens *durch den Menschen* zu minimieren bzw. zu negieren (und d. h., Zivilisation einzufrieren, rückgängig zu machen, zu beseitigen). Das ist radikaler als Beck vermutet, der meint, „das allgemeine (ökologische – R. H. ) Für polarisiert sich in ein kosmetisches, symbolisches, das die Ursachen unangetastet läßt [...], und ein Für, das die Folgen *in und vor* ihrer Genese vermeiden will“ (Beck 1991, S. 20).

Derzeit sieht es im Hinblick auf all die dabei entstehenden diskursiven Konfliktlinien allerdings so aus, als ob *keine* großen und allgemeinverbindlichen, ‚stimmigen‘ Gesamtlösungen zu erwarten wären. Vielmehr ist mit einer Vielzahl kleiner alltäglicher Querelen zwischen den verschiedenen ideologischen

Gruppierungen zu rechnen. Und diese werden voraussichtlich politisch in ‚halbherzigen‘ Kompromissen und nicht sonderlich gut koordinierten Teil-Maßnahmen ‚kanalisiert‘ werden.

### Die Subpolitiken

An mannigfaltigen Beispielen der Krisenhaftigkeit unserer überkommenen institutionellen Ordnung läßt sich nun, so Beck, zeigen, daß die herkömmliche Politik längst „auf die Legitimation von Folgen spezialisiert (ist), die sie weder verursacht hat, noch wirklich vermeiden kann“ (Beck 1986, S. 33). Der gesamte Bereich des Politischen ‚entgrenzt‘ sich deshalb in der Risikogesellschaft: Die Möglichkeiten zu politischem Handeln vervielfältigen sich und diffundieren.

„Diese Entgrenzung von Politik in der Risikogesellschaft meint nicht, daß kollektives Handeln in den Arenen der Politik überflüssig würde. Im Gegenteil: Die Veränderung der Zurechnungsregeln bedarf der Sanktionsgewalt der großen Politik. Aber [...] einerseits werden im Angesicht der drohenden industriellen Katastrophe Länder, Nationalstaaten zu Inseln der Hilflosigkeit. Andererseits entstehen im Milieu globaler Gefahrenlagen Möglichkeiten einer geradezu individualistischen ‚Judo-Politik‘. Die wendet die Folgen der industriellen Übermacht [...] gegen diese selbst.“ (Beck 1991, S. 22 und 21).

Das Beckesche Szenario unterscheidet sich mithin durchaus von einem „antipolitischen“ Appell, wie ihn etwa György Konrad 1984 (deutsch: 1985) an die Intellektuellen (nicht nur) der damaligen sozialistischen Länder gerichtet hat. Konrad kommt über die reine Negation *staatlicher* Politik eigentlich nicht hinaus. Beck hingegen sieht gerade *jenseits* der bisherigen politischen Strukturen und Konventionen die Chance für eine „Renaissance des Politischen“ (Beck 1992): Quer – und nicht notwendig kontrovers, sondern eher distanziert – zum traditionellen politischen System entwickeln sich, zwar nicht erst heute, aber heute besonders nachdrücklich, *Subpolitiken*.

Gemeint sind damit offene Felder der Auseinandersetzung über strittige – insbesondere ökologische – Fragen von lokaler bis globaler lebenspraktischer Bedeutung (vgl. dazu auch Giddens 1991, bes. S. 20). Kurz gesagt: „Das Private wird politisch“ (Beck 1986, S. 180).

Solche Subpolitiken können allerorten im sozialen Raum entstehen, z. B. in der Wirtschaft, der Rechtsprechung, der Medienöffentlichkeit, der bürgerlichen Privatheit, in Bürgerinitiativen und neuen sozialen Bewegungen, die gleichsam als folgerichtige Konsequenzen erfolgreicher Demokratisierungsprozesse nun ‚das (bislang funktional ausdifferenzierte) Politische‘ aufsprengen.

Das Grundeinverständnis mit immer mehr bislang fraglos anerkannten Institutionen wird also an vielen ‚Orten‘ gekündigt. Und es liegt auf der Hand, daß gerade das durch die Bildungsexpansion produzierte Reservoir ‚überschüssiger‘ Experten, das nicht mehr in den Institutionen unterkommt, zu jenem Potential institutionenkritischer Gegen-Experten wird bzw. bereits geworden ist, welches diese Kündigung tradierter Grundkonsense zumindest noch vorantreibt und verschärft. Denn hier vor allem gedeihen dezidiert antirationalistische Weltdeutungen, feministisches Selbst-Bewußtsein, alternatives ökonomisches Handeln, antikerikale Religionsformen, ‚ganzheitliches‘ Gesundheits-Denken, Bildungsaversionen, antifamiliale Lebensweisen, anarchistisch-spontaneistische Politik-Formen, usw.

Insbesondere in der Konfrontation mit derlei gegenmodernen Orientierungen scheint nun eben eine Reihe bislang scheinbar ‚stabiler‘ Institutionen bzw. institutioneller Bereiche mehr oder weniger rasch, mehr oder weniger zielstrebig, mehr oder weniger nachhaltig zu ‚erodieren‘. Anders ausgedrückt: Die soziale Gestaltungsmacht verlagert sich aus Beckerscher Sicht vom politischen System auf die Kontroversen der Risikoproduzenten und der Risikointeressenten. ‚Private‘ Betroffenheit in mannigfaltigen Formen wird nunmehr öffentlich artikuliert und damit, mit welchen Kautelen auch immer, auf der sozialen Agenda plazierte, der Allgemeinheit als zu bearbeitendes Thema und zu bewältigende Aufgabe anheimgestellt. Denn bekanntlich setzt eben erst die soziale *Anerkennung* eines Problems als Problem überhaupt ‚die Mühlen staatlicher Bürokratien in Gang‘ (Beck 1988, S. 161).

Gleichwohl fehlt ein verbindliches Steuerungszentrum, denn die tradiert-institutionalisierten Zuständigkeiten sind an kurz-, allenfalls mittelfristige Zwecke gebunden und stehen in Konkurrenz zu anderen, ebenso eingeschränkten Zieldefinitionen: Niemand kann mehr ‚alles‘ planen, und niemand vermag mehr ‚für alles‘ verantwortlich zu zeichnen. Das

aber heißt, daß alle (wissenschaftlichen und politischen) Experten – sozusagen ihrer jeweiligen ‚Professionslogik‘ folgend – immer gerade *die* Aspekte eines Risiko-Komplexes als besonders bedrohlich darstellen, zu denen sie auch Verhinderungs- bzw. Lösungsvorschläge anbieten, während sie dazu neigen, jene Aspekte, die sich ihren Steuerungsmöglichkeiten entziehen, herunterzuspielen. Dementsprechend verhält sich die *offizielle* Anerkennung von Risiken als Risiken auch reziprok proportional zu deren Reichweite und Unbeherrschbarkeit (vgl. Beck 1988, S. 15).

Die plausibelste Chance auf ein (weiterhin oder wieder?) geregeltes Gemeinwesen in der Risikogesellschaft liegt deshalb Beck zufolge in dem, was er „Strukturdemokratisierung“ nennt (1986, S. 368ff), also in der institutionalisierten Ausweitung und Verstärkung demokratischer Einflußmöglichkeiten und Eingriffschancen. „Nicht erkannt wird die geheime Wahlverwandtschaft zwischen Ökologisierung und Demokratisierung der Gesellschaft. Langfristige Politik gegen die Gefahr heißt: Verlangsamung, Revidierbarkeit, Zurechenbarkeit, damit auch Zustimmungsfähigkeit, also Erweiterung von Demokratie in den bislang dagegen abgeschotteten Bereichen von Wissenschaft, Technik und Industrie“ (Beck 1991, S. 28f).

Aus dieser Zeitdiagnose leitet Beck nun auch ein Konzept für eine *sozialwissenschaftlich* nicht nur informierte sondern *angeleitete* ‚Politik in der Risikogesellschaft‘ ab: „Die öffentliche Gefahrenverhandlung [...] bedarf einer sie bedienenden Wissenschaft [...], um lange verschwiegene Fragen gegen Widerstände zu stellen und wachzuhalten.“ (Beck 1991, S. 27).

Seinem Selbstverständnis nach plädiert er damit konsequenterweise für eine radikale ‚Entkonventionalisierung‘ der Wissenschaft, für eine ganz neue Form von ‚Wertfreiheit‘, die darin bestehen soll, „daß sie dem herrschenden Druck, praktische Tabus in theoretische zu verwandeln, widersteht“ (Beck 1986, S. 283). Das aber bedeutet Beck zufolge zunächst einmal: Eine wirklich *neue*, dem ‚Stand der Dinge‘ angemessene ökologische Orientierung in der Soziologie muß die überkommene Trennung von Natur und Gesellschaft problematisieren: Was ist heute noch ‚Natur‘, die nicht gesellschaftlich ‚penetriert‘, vereinnahmt, ‚konstruiert‘ wäre? ‚Ökologie‘ als soziologisches Thema heißt für Beck also zuvörderst: Betrachtung des Natürlichen als *Produkt* des Sozialen.

Nun ist die ökologische Gefährdung in der Tat von der konventionellen Soziologie bislang fast sträflich vernachlässigt worden. Allerdings ist sie das ironischerweise nicht deshalb, weil diese Gefährdung ‚an sich‘ immer unübersehbarer würde, sondern weil wir gesellschaftlich aktuell dabei sind, neue Konventionen dessen auszuhandeln, was ‚Wirklichkeit‘ (für uns) ist bzw. zu sein hat, und weil die konventionelle Soziologie diesen Konventionenwandel noch immer übersieht bzw. ignoriert. Zu erinnern ist die soziologische Profession m. E. also eigentlich nur an das ‚Thomas-Theorem‘ (vgl. Thomas 1978). Dieses besagt bekanntlich, daß, wenn Menschen eine Situation als ‚real‘ definieren, sie in ihren Konsequenzen auch *real ist*. Zu ermuntern sind Soziologen mithin dazu, die theoretisch-methodologischen und die methodisch-empirischen Konsequenzen daraus zu ziehen, daß gesellschaftliche Prozesse der Um-Definition von Wirklichkeit *reale* Konsequenzen zeitigen, daß die gelingende öffentliche Inszenierung von ‚Risiko‘, an der eben *auch* Soziologen mitwirken, ‚Risiko‘ auch für Soziologen zum unumgänglichen Gegenstand ihrer professionellen Aufmerksamkeit macht.

#### Zitierte Literatur

U. Beck: Risikogesellschaft. Frankfurt a. M.: Suhrkamp 1986.

Ders.: Gegengifte. Frankfurt a. M.: Suhrkamp 1988.  
 Ders.: Politik in der Risikogesellschaft. Frankfurt a. M.: Suhrkamp 1991.  
 Ders.: Die Renaissance des Politischen. In: Basler Magazin (1992) Heft 3, S. 6 – 7.  
 K. H. Biedenkopf: Zeitsignale. München: Goldmann 1990.  
 D. Birnbacher (Hrsg.): Ökologie und Ethik. Stuttgart: Reclam 1986.  
 J. Dahl: Die letzte Illusion. In: Die Zeit (1990) No. 48, S. 57 – 60.  
 A. Giddens: Modernity and Self-Identity. Cambridge: Polity Press 1991.  
 B. Giesen: Moralische Unternehmer und öffentliche Diskussion. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 35 (1983), S. 230 – 254.  
 Ch. Gramm: Die Bedrohung der Freiheit durch die Freiheit. In: liberal (1990) 4, S. 28 – 32.  
 P. Gross und R. Hitzler: Die Natur – Wildnis, Schöpfung, unsere Schöpfung? In: gdi impuls 3 (1990), S. 37 – 40.  
 R. Hitzler: Die gesellschaftliche Konstruktion von Natur. In: Wechselwirkung No. 50 (1991), S. 3 – 8.  
 R. Hitzler und A. Honer: Die Bleifuß-Lösung. In: Ästhetik und Kommunikation No. 77 (1991), S. 1 – 6.  
 G. Konrad: Antipolitik. Frankfurt a. M.: Suhrkamp 1985.  
 O. Marquard: Abschied vom Prinzipiellen. Stuttgart: Reclam 1981.  
 G. Picht: Der Begriff der Natur und seine Geschichte. Stuttgart: Klett-Cotta 1989.  
 Th. Schmid: Die Chancen der Risikogesellschaft. In: Freibeuter No. 31 (1987), S. 149 – 15.  
 W. I. Thomas: The Definition of the Situation. In: J. Manis and B. N. Meltzer (eds.): Symbolic Interaction. Boston: Allyn and Bacon 1978, S. 254 – 257.